



Potsdam Linguistic Investigations

Potsdamer Linguistische Untersuchungen

Recherches Linguistiques à Potsdam

Edited by
Herausgegeben von
Edité par

Peter Kosta
Gerda Haßler
Lilia Schürcks
Nadine Thielemann

Matthias Guttke

STRATEGIEN DER PERSUASION IN DER SCHRIFTKONSTITUIERTEN POLITISCHEN KOMMUNIKATION

Dargestellt an Parteiprogrammen der Neuen Rechten in Polen



PETER LANG

Internationaler Verlag der Wissenschaften

0 Einleitung

0.1 Problem- und Fragestellung

In der vorliegenden Untersuchung „Strategien der Persuasion in der schriftkonstituierten politischen Kommunikation. Dargestellt an Parteiprogrammen der Neuen Rechten in Polen“ wird ein dialogisches Textmodell zur musterorientierten Beschreibung schriftlicher persuasiver Texte konzipiert. Auf der Grundlage der Sprechakththeorie und der Dialoggrammatik soll der vorherrschende Textbegriff dahingehend modifiziert werden, dass man mit dessen Hilfe Persuasion in der politischen Kommunikation als antizipiertes virtualisiertes Dialogspiel des Textproduzenten als Sprecher 1 und des Textrezipienten als Sprecher 2 bestimmen kann. Die Exemplifizierung des integrativen Modells erfolgt anhand der Textsorte Parteiprogramm rechter und rechtsextremer Parteien in Polen. Durch die Analyse dieses persuasiven Kommunikats werden die für die polnische Rechte und Rechtsextreme als wichtig erachteten Handlungsabsichten und –ziele sowie politisch-ethische Grundhaltungen und –werte offen gelegt.

Gegenstand der Arbeit ist die Entwicklung einer unter pragmlinguistischen Aspekten brauchbaren Konzeption des Begriffs *Persuasion* im Hinblick auf eine musterorientierte Beschreibung schriftlicher persuasiver Kommunikation im Allgemeinen sowie in politischen (Kon-)Texten am Beispiel der Textsorte *Parteiprogramm* im Besonderen. Für eine textlinguistische Beschreibung des sprachlichen Strategiemusters *Persuasion* ist die auf Hundschnrscher (1980; 1986; 1994) zurückgehende Dialoggrammatik für den theoretischen Teil der Fragestellung besonders interessant. Erste theoretische Untersuchungen eines dialoganalytischen Ansatzes in der Textlinguistik erheben den Anspruch eines *dialogischen Textmodells*, mit dessen Hilfe *persuasive* Texte als Realisat eines bestimmten Handlungsmusters zu verstehen sind, das wiederum durch ein Strategiemuster reguliert wird, um beim Rezipienten eine Wertkonvergenz herbeizuführen (vgl. Hardenbicker/Ortak 2000; Ortak 2004). Der Text wird in dieser Konzeption als Resultat dialogischer Antizipation verstanden, d.h. die auf initiale Sprechakte (ISPA) folgenden Reaktionshandlungen auf definitive und nicht-definitive Bescheide eines imaginierten Sprechers 2 (Sp2) als Textrezipient werden vom Textproduzenten vorweggenommen (vgl. Hundschnrscher 1994, 203-238).

Dieses dialoggrammatisch inspirierte Modell zur textlinguistischen Beschreibung der *Persuasion* als Strategiemuster ist jedoch weder theoretisch hinreichend fundiert noch methodisch an konkreten Beispielen triftig exemplifiziert worden (vgl. Ortak 2004, 205-243). Obgleich neuere Entwicklungen in der linguistischen Persuasionsforschung verstärkt der Komplexität des Sprachspiels und der Anwendungsbezogenheit Rechnung tragen, indem sie das auf Austin

(1961; 2002) und Searle (1969; 1979a; 1983) zurückgehende Sprechakt-Konzept hinsichtlich seiner funktionalen Verknüpfungsweisen verwenden, wird daraus einerseits ein monologisch-textlinguistisches Vorgehen (Moilanen 1996) und andererseits eine Analyse persuasiver Gespräche (Kosta 1995; 1996; 1998; Mann 2000) abgeleitet. Durch die sprechakttheoretische Beschreibung in diesen einflussreichen Arbeiten, die v.a. der Dialoggrammatik und den Ausführungen in Franke (1990) und Hindelang (1994) folgen, gewinnt das Konzept des persuasiven Sprechakts dadurch an Bedeutung, dass er als ISPA eine charakteristische Folge von Zugmöglichkeiten eröffnet. Der Rückgriff auf eine handlungsorientierte Sprechaktgrammatik von Dialogen bedeutet in der aktuellen Persuasionsforschung einen Fortschritt. Allerdings ist keine der genannten Untersuchungen um eine integrative Sichtweise bemüht, so dass sie eine Trennung von mündlicher und schriftlicher Persuasion zur Folge haben. Dabei bietet die Dialoggrammatik hier noch ungenutzte Möglichkeiten, um der Frage nach persuasivem Handeln als kommunikativer Universalie zu stellen bzw. um eine musterorientierte Beschreibung zu versuchen.

Für die Rechtfertigung eines linguistischen Zugangs zu dem Themenkomplex *Persuasion in der politischen Kommunikation* bedarf es eines Verständnisses von Sprache und Politik, welches das Sprachhandeln der beteiligten Akteure in den Mittelpunkt rückt. Sprache und Politik bedeutet daher in erster Linie sprachliches Handeln in der Politik. Eine solche kommunikationstheoretische Definition findet sich beispielsweise bei Lübke (1975), der unter Politik „die Kunst, im Medium der Öffentlichkeit Zustimmungsbereitschaft zu erzeugen“ (ibid., 107), versteht. Dass aber die öffentlich-politische Kommunikation nicht die Politik selbst ist, zeigt Knobloch (1998, 59). Wie er zu Recht bemerkt, hat politische Kommunikation mit Aufmerksamkeit zu tun und weniger mit tatsächlichen Entscheidungen. Von daher erfüllt sie eine flankierende und ergänzende Funktion der Politik, so dass sie zwar ein wichtiger Aspekt der Politik, aber nicht die Politik selbst ist. Politik ist somit ohne Sprache undenkbar, aber es stellt sich die Frage, ob die Verwendung der Sprache innerhalb der Politik ihr selbst besondere Merkmale verleiht. Als was lässt sich die Sprache in der Politik definieren?

Seit den 80er Jahren beobachtet man einen Etablierungsprozess einer neuen, eigenständigen sprachwissenschaftlichen Disziplin – der Politolinguistik (Terminus in Anlehnung an Burkhard 1996, 75ff.). Dieser Zweig der Linguistik umfasst heute eine Vielzahl von Forschungsrichtungen und –themen, so z.B. politische Textsorten, politische Semantik, politische Begriffe, Sprach- und Argumentationsstrategien etc. Bei dem Versuch, die neuere Literatur zur Politolinguistik zu klassifizieren, lassen sich im Wesentlichen zwei Richtungen unterscheiden, die in Anlehnung an Grinth (2002, 22) als lexikonorientierte und text-/diskursorientierte Richtung bezeichnet werden. Erstere Forschungsrichtung konzentriert sich auf semantische Einzelanalysen politisch relevanter Wörter

(vgl. z.B. Geißner 1975; Eppler 1992) und hat ihre tieferen Wurzeln in dem Mythos von der „Macht des Wortes“ (Klaus 1971). Mit der kommunikativ-pragmatischen Wende in der Sprachwissenschaft anfangs der 70er Jahre wurde nicht nur der semantische Zugang durch die Einbeziehung pragmatischer Faktoren erweitert, sondern auch die Analyse der Sprache als Form des sozialen Handelns um die pragmatische Dimension des Textes ergänzt, oder, um mit Halliday (1970) zu sprechen: „Die Grundeinheit von Sprache im Gebrauch ist weder ein einzelnes Wort noch ein Satz, sondern ein Text“ (ibid., 160). Als paradigmengbildend in dieser sprechhandlungstheoretischen Richtung kann hier die empirische Studie von Holly (1990) gelten, dessen Ziel es ist, typische Handlungsmuster im politischen Sprachgebrauch aufzudecken. Allerdings finden sich in dieser Untersuchung vermeintliche Sprachhandlungsmuster wie INFORMATION, SELBSTAUFWERTUNG oder SOLIDARISIEREN, aber nicht das der PERSUASION. Der Persuasion als Forschungsgegenstand der politischen Kommunikation wird man oftmals deshalb nicht gerecht, weil dieselbe unter dem Vorzeichen der Textsorte bzw. -funktion bestimmt und untersucht wird (vgl. z.B. Dittmar 1997; Bergsdorf 1986; Strauß 1986). Dabei wird nur unzureichend beachtet, dass „sich das Sprechhandlungsmuster <PERSUASION> von anderen konfliktären Sprechhandlungen (wie z.B. <Direktiven> bzw. <Argumentieren>) unterscheidet“ (Kosta 1998, 127f., Hervorhebungen i.O.) und unabhängig von Textklassifizierungen allen Kommunikationsakten innerhalb der Politik ein persuasiver Charakter eigen ist. Auch neuere polonistische Arbeiten von Mikołajczyk (2004) und Bartoszewicz (2000) versuchen eine Neubestimmung des Konzepts *Persuasion* in der politischen Kommunikation. Beide Autorinnen beschränken sich jedoch auf die Analyse persuasiver Sprachstrategien in deutsch-polnischen politischen Debatten, ohne ein Modell für eine musterorientierte Beschreibung persuasiver Texte zu erarbeiten und ohne auf gängige pragmalinguistische Theorien zu rekurren, die eine Bestimmung des Phänomens *Persuasion* fundieren könnten.

Bisherige Forschungsarbeiten zur Persuasion in der politischen Kommunikation präsentieren kein fundiertes, schriftliche und mündliche Texte umfassendes Modell zur musterorientierten Beschreibung persuasiver Textstrategien und konzentrieren sich nahezu ausschließlich auf die Analyse mündlicher Kommunikationsformen. Um zu zeigen, dass PERSUASION nicht nur in Gesprächssequenzen (vgl. Kosta 1998; Mann 2000), sondern auch in schriftlichen Texten bestimmten sequenziellen Handlungsmustern folgt, mit denen Sp1 bezweckt, bei Sp2 Konvergenz in Handlungs- und Bewertungsfragen herzustellen, bedienen wir uns der Textsorte *Parteiprogramm*. Diese Textsorte steht innerhalb der politischen Kommunikation kaum im Mittelpunkt des Erkenntnisinteresses. V. a. Klein (2000), Hermanns (1989), Dörner (1995) und Ballnuß (1996) haben sich um eine Beschreibung der Textsorte Parteiprogramm bemüht, indem ersterer pragmatische, semantische, grammatische sowie rhetorische Kategorien be-

stimmt. Doch weder das Feld der Persuasion noch eine eingehende Untersuchung derselben im Hinblick auf rechte und rechtsextreme Parteien sind Gegenstand der genannten Arbeiten.

Vor dem Hintergrund der Erfolge rechter und rechtsextremer Parteien in Polen wie der LPR (Liga Polskich Rodzin), die in den Jahren von 2005-2007 an der Seite der national-konservativen PiS (Prawo i Sprawiedliwość) zusammen mit der rechtspopulistischen Bauernpartei Samoobrona die Regierung Polens bildeten, gewinnt die Arbeit zusätzlich an Relevanz (vgl. 0.2). Der Rechtsextremismus stellt ein Problem dar, denn er bedroht die Entwicklung der Demokratie einerseits und die Integration Polens in die Europäische Union andererseits. Um diese These zu begründen, ist die Analyse der sich in jedem Parteiprogramm manifestierenden politisch-ethischen Grundwerte sowie der Ziele und Handlungsabsichten unabdingbar. Anders als von Rolf (1993, 204-208) nahegelegt, hat die Orientierungsfunktion des Parteiprogramms neben der informatorischen eine appellative bzw. nach Searle (1979a) direktivische und vor allem kommissive Seite, weshalb Werten und Appellieren in der politischen Kommunikation als zwei Seiten einer Medaille zu betrachten seien (Klein 2000, 745).

Bevor im nächsten Abschnitt ein kurzer Überblick über die jüngste polnische Geschichte gegeben werden soll, ist es notwendig, die oben explizierten Zielstellungen der Arbeit folgendermaßen zu ordnen:

- (a) Zunächst geht es darum, ein Textmodell als Resultat dialogischer Antizipation zu entwickeln. Dieses Konzept bildet die Grundlage dafür, PERSUASION als Aushandlungsprozess zwischen dem Textproduzenten als Sp1 und dem Textrezipienten als Sp2 beschreiben zu können.
- (b) Darauf aufbauend gilt es, mit Hilfe der *sprechhandlungstheoretischen Dialoganalyse* Spezifika persuasiven sprachlichen Handelns zu bestimmen und eine musterorientierte Beschreibung dieses Sprechhandlungstyps zu versuchen.
- (c) Textsorten- bzw. diskurslinguistisch fragen wir nach der Spezifik politischer Sprache und betonen vor allem den kommissiven sowie appellativen Charakter von Parteiprogrammen.
- (d) Textinhaltlich wollen wir im Zuge der Analyse von Strategien der Persuasion in Parteiprogrammen auch Handlungsabsichten und -werte der polnischen Rechten und Rechtsextremen herausstellen. Wie unter 0.7 näher ausgeführt werden wird, korrespondieren diese in vier Gruppen zusammengefassten Zielstellungen im Wesentlichen mit dem Aufbau der vorliegenden Arbeit.

0.2 Überblick über die jüngste polnische Geschichte

Welche Ursachen trugen zu dem Wahlerfolg der polnischen Rechten und Rechtsextremen im Jahr 2005 bei? Vor allem soziale Verwerfungen, eine große Verunsicherung in der Bevölkerung im Zuge der Reformen des Gesundheits-, Bildungs-, Renten- und Steuersystems der Regierung Buzek (1997-2001) und schließlich Desorientierung, Privatisierung sowie Abstiegsängste innerhalb der Wählerschaft gaben populistischen und radikalen Parteien enormen Auftrieb (vgl. Raabe 2006). Die nationalkatholische „Liga der Polnischen Familien“ (Liga Polskich Rodzin), deren Jugendorganisation „Allpolnische Jugend“ (Młodzież Wszechpolska) in der polnischen Öffentlichkeit immer wieder auffällt, sich an rechtsextremistisch motivierten Gewalttaten zu beteiligen bzw. zu denselben aufzurufen, die radikale Bauernpartei „Selbstverteidigung“ (Samoobrona) und die Law-and-Order-Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (Prawo i Sprawiedliwość) zogen bereits bei den Wahlen 2001 in den Sejm ein. Die „Bürgerplattform“ (Platforma Obywatelska) unterschied sich zu diesem Zeitpunkt nur marginal von den politischen Zielen der PiS und wies ebenso wie sie rechts-populistische Merkmale auf. Unter der Regierung Miller (2001-2005) verging kaum ein Tag, an dem in den polnischen Gazetten nicht über beispiellose Korruptionsskandale berichtet wurde. Das Vertrauen der Bevölkerung in den Staat und in dessen Institutionen war infolgedessen tief erschüttert. Die Linke zerfiel in zwei Gruppen und die populistische Opposition gewann zunehmend an Boden. Ihr Konzept bestand im Wesentlichen in der Verneinung der Philosophie des Dialoges und der Versöhnung des Runden Tisches von 1989 und in der radikalen Abkehr von den politischen Kompromissen der 90er Jahre. Mehr staatliche Repression, die umfassende Durchsicht der Mitarbeiter-Akten des kommunistischen Geheimdienstes, die Betonung polnischer Interessen in der Außenpolitik und zunehmendes Misstrauen gegenüber Nachbarstaaten, Minderheiten und der Europäischen Union war die antiliberale Antwort der national-konservativen Parteien auf den liberalistischen Geist der Nachwendezeit.

Zwischen 1989 und 2005 gestalteten vor allem die Gewinner der Transformation die polnische Politik und verkannten das mit der sozialen Frage verbundene Bedrohungspotential ihres liberalen Demokratiemodells. Jarosław Kaczyński hingegen inszenierte sich im Wahljahr 2005 als Fürsprecher der Unzufriedenen und der Verlierer der Transformation. Seine Partei stand für eine populistische und zugleich autoritäre Demokratie. Denn die Gewinner dieser Wahl boten in ihren Programmen keine politischen Lösungen für die gesellschaftlichen und sozialen Asymmetrien innerhalb der Bevölkerung an. Im Gegenteil: sie verschärften die Spaltung der Gesellschaft, indem sie lediglich Sündenböcke dieser sozialen Verwerfungen ausmachten und deren Bestrafung forderten. So stilisierten sich die Kaczyński-Zwillinge (PiS), Roman Giertych (LPR) und Andrzej Lepper (Samoobrona) mit Erfolg als Garanten der partikular

polnischen Interessen, die gegen ein angeblich international operierendes und mächtiges Netzwerk aus Intellektuellen, Großkapitalisten und Juden ankämpften, um dem kleinen Mann auf der Straße zu seinem Recht zu verhelfen. Die Koalition aus PiS, LPR und Samoobrona der Jahre 2005-2007 führte zu einem umfassenden Paradigmenwechsel in der polnischen Politik, der auch hinsichtlich der deutsch-polnischen Beziehungen negative Auswirkungen nach sich zog (vgl. *ibid.*).

Die von PiS propagierte Bedrohungssituation im Inneren durch die postkommunistische Elite der III. Republik korrespondierte mit einer Ängstigung der polnischen Bevölkerung vor den Großmächten Deutschland und Russland, die in der Historie Polen oftmals in prekäre Situationen gebracht haben. Stand in den 90er Jahren noch Deutschland im Fokus polnischer Außenpolitik, so verlagerte sich dieser Bezugspunkt zugunsten der USA und Großbritanniens bereits unter der Regierung Miller, die sich Frankreichs und Deutschlands Haltung zum Trotz entschloss, den Krieg gegen den Irak militärisch zu unterstützen. Als Anwalt Polens auf dem Weg in die Europäische Union und damit zur Rückkehr nach Europa musste die deutsche Regierung diese Abwendung als undankbar empfinden, obwohl sie angesichts der vom Bundeskanzler Gerhard Schröder forcierten Ostpolitik, die einen außergewöhnlich starken Schwerpunkt auf Russland legte, nur allzu verständlich erschien. Die Nähe des deutschen Kanzlers zu seinem Freund Wladimir Putin war weiten Teilen der polnischen Bevölkerung und der polnischen Regierung ein Dorn im Auge. Dieser zunächst unbestimmte Argwohn auf Seiten der Polen bestätigte sich und kulminierte in dem deutsch-russischen Projekt, eine Pipeline durch die Ostsee zu legen, um Deutschland direkt mit russischem Gas zu versorgen. Polen fühlte sich übergangen. Es hatte kein Mitspracherecht. Über Nacht wurde Polen durch den Bau der Ostseemagistrale zumindest mit zwei erheblichen Risiken für die Sicherheit (der Energieversorgung) des eigenen Landes konfrontiert. Erstens schwächt die Nordumgehung Polen als Transitland und bringt Polen zudem in die Gefahr, dass, insbesondere nach der Ausweitung der Durchleitungskapazitäten, Westeuropa mit Erdgas versorgt werden könnte, ohne auf die bestehende und über polnisches Territorium führende Jamal-Pipeline rekurren zu müssen. Zweitens fürchtet Polen den Fall, dass Russland Gas als politisches Instrument einsetzen könnte, ohne dass dies Auswirkungen auf Westeuropa nach sich zöge (vgl. Lang 2004; 2006).

Die aggressive und sowohl antideutsche als auch antirussische (sowie streckenweise gar antisemitische) Rhetorik der polnischen Rechten und Rechtsextremen des Wahlkampfjahres 2005 bestärkte alte Ressentiments, war in hohem Maße rückwärtsgerichtet und sah in Deutschland eher eine Bedrohung als einen Partner. Diese Haltung der polnischen Rechten blieb über den Wahlsieg hinaus bestehen, obwohl die neu gewählte Regierung unter Angela Merkel ihre Bereitschaft bekundete, die Ostpolitik zugunsten Polens neu auszurichten. Viele weitere positive Signale aus Deutschland wurden jedoch von der Regierung

Kaczyński ignoriert und sind aus der Distanz heraus mit ungeschickter deutsch-landkritischer Rhetorik quittiert worden (vgl. Franzke 2007).

In Deutschland machte sich mehr und mehr Ernüchterung breit. Für eine Verbesserung der Beziehungen setzte man auf Zeit und damit auf (vorzeitige) Neuwahlen. Im Sommer 2007 war es soweit. Das Zentrale Antikorruptionsbüro (CBA), eine von der PiS ins Leben gerufene Behörde, ermittelte gegen den stellvertretenden Premierminister, Landwirtschaftsminister und Parteivorsitzenden der Samoobrona Andrzej Lepper. Lepper vermutete hinter einem in letzter Sekunde gescheiterten Bestechungsversuch vor allem PiS-Politiker innerhalb der Behörde des CBA. Daraufhin griff er den Premierminister und Vorsitzenden der PiS Jarosław Kaczyński und seinen Zwillingsbruder, den Staatspräsidenten Lech Kaczyński scharf an und machte sie für diesen Skandal verantwortlich. Infolgedessen wurde Lepper aus der Regierung entlassen. Derweil rieten nicht nur die oppositionellen Parteien, sondern auch die Umfragewerte zur vorzeitigen Selbstauflösung des Parlaments und zur Durchführung von Neuwahlen. Aus einem recht inhaltsleeren Wahlkampf, in dem sich vor allem die PO und PiS gegenseitig denunzierten und ein in einer öffentlichen Wahlveranstaltung angetrunkener Ex-Präsident Kwaśniewski wenigstens an der Oberfläche sinnbildlich für das Ende des polnischen Postkommunismus und für die Schwäche der gesamten Linken stand, geht die liberal-konservative Bürgerplattform am 21. Oktober 2007 als Siegerin hervor. Bei dieser Wahl stand für Polen viel auf dem Spiel.

Es ging vor allem darum, Polen aus der selbstverschuldeten internationalen Isolation herauszuführen, das beschädigte Ansehen des Landes innerhalb der europäischen Union durch einen anderen Stil im Umgang miteinander zu verbessern, die Spaltung der Gesellschaft zu überwinden und sowohl mit Deutschland als auch mit Russland wieder ins Gespräch zu kommen. Die höchste Wahlbeteiligung in Polen seit 1989 macht deutlich, dass diese Wahl über Grundsätzliches, also auch über das Demokratie- und Selbstverständnis der polnischen Bürgerinnen und Bürger entschied. Denn die wirtschaftliche und soziale Situation Polens gab im Grunde genommen keinen Anlass, Jarosław Kaczyński abzuwählen. Zu den Erfolgen seiner Regierung zählten u.a. ein jährliches wirtschaftliches Wachstum um durchschnittlich 6 Prozent, ein enorm angeheizter Investitionsboom im privaten und öffentlichen Sektor und eine signifikant zurückgegangene Arbeitslosenquote von vorher 20 Prozent um ein Drittel. Doch diese Ergebnisse spielten im Wahlkampf kaum eine Rolle. Stattdessen griff gerade die PiS auf die Wahlkampfthemen des Jahres 2005 zurück und akzentuierte gebetsmühlenartig die Theorie eines großen Kartells bzw. eines geheimen Netzwerkes, dessen Bedrohung abgewendet werden müsse. Um dies zu erreichen, bedürfe es eines autoritären Staates, der die Gewaltenteilung unterwandert und demokratische Minderheiten sowie oppositionelle Parteien in ihren Rechten und Befugnissen beschränkt. Mit diesem Demokratiemodell war die polnische Wählerschaft

offensichtlich nicht einverstanden. Die Parlamentswahl 2007 mobilisierte viele gesellschaftliche Gruppen, die zusammen einer Partei der Mitte das Vertrauen aussprechen. Erfreulich war vor allem die hohe Wahlbeteiligung der jungen Wählerinnen und Wähler, die in der Trennung der Zwillinge eine positive, d.h. weltoffenere Entwicklung für Polen in der europäischen Staatengemeinschaft sahen. Ferner stand neben dem Sieg der Demokratie und der damit verbundenen wiedergewonnenen politischen Stabilität des Landes auf der Haben-Seite ebenfalls die Entmachtung der Rechtsextremen. Die nationalistischen, antisemitischen und xenophobischen Züge der LPR sowie der Samoobrona sind mit den Werten eines gemeinsamen Europas nicht vereinbar. Umso gewinnbringender für die Zukunft Polens und dessen Wahrnehmung insbesondere in Deutschland und Europa war die Beseitigung dieses inakzeptablen Fremdkörpers aus der polnischen Parteienlandschaft. Das Projekt der IV. Republik ist mit der Wahlniederlage der PiS gescheitert.

Die tektonische Verschiebung nach rechts, die sich in den Wahlen von 2001-2007 vollzogen hatte, beförderte Polen in eine kritische Situation. Denn die von Seiten der rechten und rechtsextremen polnischen Parteien propagierten Handlungsabsichten und Werte, wie sie sich in ihren Parteiprogrammen manifestieren, sind mit einem freiheitlichen und demokratischen Europa nicht vereinbar. Handlungsziele in den einzelnen Parteiprogrammen zu erforschen und persuasive Strategien zur Erzeugung von Konvergenz in Handlungs- und Bewertungsfragen nachzuweisen, ist zentrales Anliegen dieser Arbeit. Durch den kommissiven, aber auch direktiven bzw. persuasiven Charakter von Parteiprogrammen versprechen wir uns Einsichten in die Spezifik der Sprachverwendung sowie in die Charakteristika sprachlicher Mechanismen der Persuasion der polnischen Rechten und Rechtsextremen der jüngsten Zeit zu gewinnen.

0.3 Zum Stand der Forschung

Persuasionsforschung der Gegenwart zeichnet sich, wie Hoffmann/Kessler (1998, 7) betonen, durch Multi- und Interdisziplinarität aus. So befassen sich mit diesem Thema u.a. die Textlinguistik bzw. -pragmatik, Kulturwissenschaft, Sozialpsychologie, Medienrhetorik und Stilistik (vgl. *ibid.*). Es ist daher kaum verwunderlich, dass das pleomorphe Konzept *Persuasion* mit seinen vielseitigen Einbindungen in andere Sachbereiche, wie z.B. in die Argumentationstheorie, durch ein hohes Maß an Komplexität gekennzeichnet ist. Linguistische Ansätze, die sich einer genaueren Begriffsbestimmung bzw. Beschreibung der Persuasion widmen, spiegeln die komplexe Beschaffenheit dieses Handlungsmusters durch ihre ausgesprochene Heterogenität wider. Es gilt nun, die aktuell geführte Diskussion über Forschungsstrategien und -ansätze zum Persuasionskonzept in ihren Grundzügen mit dem Ziel vorzustellen, sie hinsichtlich ihrer Brauchbarkeit

für die Ziele der Arbeit (vgl. 0.1) zu hinterfragen. Dass in jüngster Vergangenheit ein stärkeres Interesse an dem Persuasionskonzept festzustellen ist, steht außer Frage. Hiervon zeugen z.B. der von Hoffmann/Kessler (1998) editierte Sammelband und die von Ortak (2004) verfasste Monographie in der germanistischen sowie die von Kosta (1995; 1996; 1998), Mann (2000), Bartoszewicz (2000), Mikołajczyk (2004) und Guttke (2009; 2009a) veröffentlichten Arbeiten in der slavistischen Forschung.

Hoffmann (1995; 1996, 1998) arbeitet an der Entwicklung einer *Persuasionsstilistik*. Diese Programmatik geht von der These aus, dass Persuasion als Sprachspiel im kommunikativ-sozialen Zusammenhang zu verorten ist, den sie aber auch zugleich beeinflusst bzw. formt (vgl. Ortak 2004, 66f.). Persuasion weist dieser Konzeption zufolge eine charakteristische *Regelmäßigkeit* auf, die kommunikatives Handeln konstituiert bzw. die Voraussetzung für das Vollziehen und Verstehen persuasiver Handlungen schafft (vgl. *ibid.*). In der aktuellen Stilforschung legt deshalb Hoffmann (v.a. 1995) dar, dass persuasive Äußerungen mitnichten in Rekurs auf konnotative Strukturen erklärt werden können, die sich vom denotativen Sprachgebrauch lediglich „durch eine einseitig oder anderwertig simplifizierende und/oder emotionalisierende [...] Darstellung von Sachverhalten [...]“ (*ibid.*, 221) unterscheidet. Um zu zeigen, dass Persuasion vielmehr ein eigenes System *sui generis* bildet, führt Hoffmann (1998, 66ff.) die Termini *Sprachstil* und *Denkstil* ein, die er allerdings nicht klar definiert bzw. an Beispielen illustriert (vgl. Ortak 2004, 67). Mit einer Adaption pragmalinguistischer Grundannahmen, mit deren Hilfe man „den Sprachstil als gestalterische Formulierung einer illokutionären Handlungscharakteristik klar einordnen kann“ (*ibid.*), wäre der von Hoffmann (1998, 66ff.) vorgeschlagene terminologisch aufwändige Begriffsapparat unnötig. Nichtsdestoweniger wird die Auffassung, dass Persuasion eine kommunikative soziale Praxis ist, die einer bestimmten *Regelmäßigkeit* folgt, im *Denkstil-Konzept* belegt und ist somit für unsere Fragestellungen brauchbar.

Großen Einfluss auf die Persuasionsforschung übt(e) die Adaption und Weiterentwicklung der von Austin und Searle beförderten *Sprechhandlungstheorie* aus. So rekurrierte Kopperschmidt (1976) im Zuge einer genaueren Beschreibung des Musters Persuasion auf sprechhandlungstheoretische Ansätze und Verfahren. Persuasion stellt er jedoch in Anlehnung an Searle (1969) nicht als sequenziell realisiertes Handlungsmuster, sondern lediglich als Einzelsprechakt mittels einer explizit-performativen Formel dar und formuliert in diesem Zusammenhang sieben Bedingungen bzw. Regeln, die für das Gelingen *persuasiver Sprechakte* notwendig bzw. hinreichend sind (vgl. Ortak 2004, 68). Hieran anknüpfend, findet sich eine aktuelle Adaption der Sprechakttheorie bei Kosta (1998) und Mann (2000), die anhand der gängigen Unterscheidung von *überreden* und *überzeugen* zwei Typen persuasiver Sprechakte modellieren. Kostas Rückgriff auf die Sprechhandlungstheorie zur Beschreibung persuasiver Kom-

munikation von Interaktanten im sozialen Sprachspiel wird v.a. in seinen Ausführungen zu den *Präsumptionen* manifest, die sich an Searles Einleitungen anlehnen. Obgleich sich diese Adaption der Sprechakttheorie auf mündliche Gesprächssequenzen bezieht, ist sie für die Analyse der Persuasion in schriftlichen Texten unerlässlich, da die Handlungsbedingungen im Sinne eines dialoggrammatischen Verständnisses von Texten auch in einem integrativen Modell persuasive Kommunikation modifizieren. Mann (2000) beschäftigt sich eingehend mit diesem Konzept der persuasiven Sprechhandlungen am Beispiel von Alltagsdialogen im Russischen und berücksichtigt in ihrer Dissertation v.a. die Handlungsbedingungen, die für unsere Zwecke auch im Hinblick auf die Einbeziehung der Griceschen Konversationsmaximen grundlegend sind.

Forschungsarbeiten, die auf den thematischen Schwerpunkt des persuasiven Strategiecharakters Bezug nehmen, versuchen kommunikative Strategien am sprachlichen Material zu belegen (vgl. Ortak 2004, 74). Allerdings laufen einige Forschungsarbeiten, wie sie z.B. Mulholland (1994) und Sornig (1982) repräsentieren, auch immer wieder Gefahr, lediglich rhetorischer Mittel anzugeben, die sprachanalytisch gesehen hinsichtlich ihres persuasiven Potentials interessant sein mögen, den Strategiecharakter der Persuasion aber nicht gerecht werden können. Um nicht in das Paradigma rhetorischer Mittel zu fallen, nähert sich Hoffmanns (1998) Darstellung dem Problem mittels textlinguistischer Kategorien, nämlich *Textfunktion*, *Diskurstyp* und *thematische Textstruktur* (vgl. *ibid.*, 68; Ortak 2004, 75). Für stilistische Herangehensweisen und Fragestellungen stellt Hoffmanns Ansatz interessante Ansatzpunkte dar, wobei wir uns aber v.a. auf den pragmalinguistischen Zugang konzentrieren wollen, dessen handlungstheoretischer Stellenwert in der Persuasionsstilistik nicht klar zur Geltung kommt.

Wie oben bereits angedeutet, greifen aktuelle Entwicklungen in der linguistischen Persuasionsforschung verstärkt auf die Vorgehensweise der Sprechakt-Sequenzierung zurück (vgl. Ortak 2004, 86). So ist Moilanens (1996) Interpretation persuasiver Sprechhandlungen durch den Rückgriff auf die in der Textlinguistik etablierte Handlungsstrukturanalyse (vgl. Brandt/Rosengren 1992) gekennzeichnet, die er anhand einer seiner Untersuchung zugrunde liegenden Kommentartextes als Beispiel persuasiver, sequenziell realisierter monologischer Texte fruchtbar macht. Illustriert werden sequenzielle Verhältnisse im persuasiven Kommunikat in Rekurs auf illokutionshierarchische, propositional-referenzielle, propositional-konnektive sowie argumentative Ebenen betreffender Texteinheiten (vgl. Ortak 2004, 86f.). Im Anschluss an das Postulat von der Sequenzgebundenheit persuasiven sprachlichen Handelns entwickelt Ortak (*ibid.*) ein u.E. handhabbares Persuasionskonzept, auf dessen Grundlage Prinzipien persuasiver Kommunikation sowohl in schriftlichen als auch in mündlichen Gesprächen präziser diskutiert werden können. Sein dialogtheoretisch modifizierter Textbegriff ist geeignet, ein integratives Modell für eine mustergültige

Beschreibung persuasiver Texte in der politischen Kommunikation zu entwickeln. Wir werden seinen Vorschlag eines dialogischen Textmodells um die pragmatischen Theorien der Griceschen Konversationsmaximen, Implikaturen und Kooperationsprinzipien, der Austinschen und Searleschen Sprechhandlungstheorie und des *face*-Konzepts von Brown/Lewinson und Leech theoretisch fundierend adaptieren und erweitern.

Untersuchungen zur politischen Sprache als Objekt linguistischer Untersuchungen können erst begonnen werden, wenn klar ist, was unter dem Begriff *politische Sprache* zu verstehen ist. Im sprachwissenschaftlichen Kontext gibt es darüber langwierige Diskussionen und eine Fülle von Bezeichnungen: *Sprache in der Politik* (Kilian 1994), *politisches Sprechen* (Bergsdorf 1984), *politischer Sprachgebrauch* (Latniak 1986), *politische Sprache* (Burkhardt 1996) etc. Wir folgen neueren Arbeiten zur politischen Kommunikation (Liphardt 2005, Mikołajczyk 2004, Burkhardt 2003) und übernehmen die einprägsame Analogiebildung *Politolinguistik* von Burkhardt (1998), der drei Großbereiche dieser Disziplin bestimmt: die Lexik, die Rhetorik und die Pragmatik. Das Phänomen der Persuasion in der Politolinguistik findet bei Burkhardt (2003) nur am Rande Erwähnung und wird weder methodisch noch theoretisch behandelt. Demgegenüber widmen sich neuere Arbeiten von Bartoszewicz (2000) und Mikołajczyk (2004) dem Thema der Persuasion in der politischen Kommunikation, die zwar kein Modell einer musterorientierten Beschreibung persuasiver Texte entwickeln, aber dennoch stark auf die Sprechhandlungstheorie unter Verwendung der Ansätze von Kopperschmidts (1973) Persuasionsmodell und Hollys (1990) Sprechhandlungsmodell Bezug nehmen. Damit unterstreichen diese Arbeiten den Trend, dass pragmatische Methoden in der politolinguistischen Forschung der letzten Jahre immer mehr an Gewicht gegenüber den genuin lexikalischen Ansätzen gewinnen.

Dem Forschungsgegenstand Parteiprogramm in Bezug auf Persuasion schenken weder germanistische noch slavistische Arbeiten hinreichend Aufmerksamkeit. Die Untersuchungen von Klein (2000), Hermanns (1989) und Dörner (1995) in diesem Feld liefern allenfalls Beschreibungskategorien dieser Textsorte und beschäftigen sich nicht mit dem Phänomen der Persuasion. Letzterer Autor analysiert die Selbstverortung der rechtsextremen Partei der Republikaner in ihren Parteiprogrammen und geht ideologiekritisch, aber nicht linguistisch vor. Diese Arbeiten sind für unsere Fragestellungen untauglich, so dass an dieser Stelle weitergehende Forschungsarbeit zu leisten sein wird.

0.4 Zu den wichtigsten Ausgangshypothesen

Ein integratives Modell zur musterorientierten Beschreibung persuasiver Texte in der politischen Kommunikation soll anhand der Textsorte Parteiprogramm

rechter und rechtsextremer Parteien in Polen exemplifiziert werden. Ausgehend von der Annahme, dass Parteiprogramme zeitlich nicht begrenzte politisch-ethische Grundhaltungen und –werte sowie Ziele und Handlungsabsichten in den für die Rechtsextreme für wichtig gehaltenen politischen Bereichen explizit bzw. implizit beinhalten, trägt eine Analyse dieses persuasiven Kommunikats wesentlich zur Aufklärung und Erhellung über die Intention des Verfassersubjekts bei. Wir versprechen uns daher, Einblicke in mentalen Dispositionen und in den politischen Gestaltungsanspruch rechter und rechtsextremer Parteien in Polen zu erhalten. Dass Parteiprogramme ein polyfunktionelles Texthandlungsmuster aufweisen, zeigt Ballnuß (1996, 38ff.). Indem die Partei sich auf der Grundlage interner Diskussionen zu ihren Grundwerten bekennt und Leitlinien für ihre Politik festlegt, formuliert sie ihr Selbstverständnis, gibt sich eine Orientierung für künftiges politisches Handeln, schafft sie sich für dieses Handeln eine Legitimationsgrundlage, macht sie ihren politischen Gestaltungsanspruch geltend etc. (vgl. *ibid.*). Die Beschreibung des regelbasierten Sprechhandlungstyps PERSUASION ermöglicht es nun, die Zielsetzungen der Rechten und Rechtsextremen in Polen, die sie im sozialen Verbund aushandelt, zu bestimmen. Im Mittelpunkt des Interesses steht hierbei auch die Frage nach Instrumenten (sprachliche Mittel, nationale Stereotype, Metaphern, Kollektivsymbole etc.), die im Dienste der Persuasion stehen und mittels derer die Handlungsbedingungen derselben erfüllt werden. Hierzu zählt z.B. die Frage, wie und wodurch der Textproduzent die Intention verfolgt, beim Textrezipienten eine Einstellungsänderung dahingehend zu bewirken, dass letzterer eine Akzeptanzklärung hinsichtlich des Handlungsziels des Textproduzenten abgibt (vgl. Mann 2000, 289).

Im Mittelpunkt der Arbeit stehen zehn Hypothesen, deren Überprüfung die Gliederung der Arbeit leitet:

1. Die Berücksichtigung des kommunikativ-dialogischen Status formal monologischer, aber inhaltlich dialogischer schriftkonstituierter Texte erlaubt es, persuasive Kommunikation als antizipiertes virtualisiertes Dialogspiel des Textproduzenten als Sp1 und des Textrezipienten als Sp2 zu bestimmen.
2. Pragmalinguistische Teildisziplinen, wie die Sprechakttheorie, das Kooperationsprinzip/Implikaturentheorie und das face-Konzept sowie die Dialoggrammatik, fundieren ein dialogisches Textmodell, mit Hilfe dessen Persuasion als sequenziell realisiertes Textstrategiemuster erklärt werden kann.
3. Persuasion, die sowohl die intellektuelle Überzeugung (Logos) als auch die affektive Überredung (Ethos, Pathos) des Sp2 bezweckt, ist kein manifestes Merkmal einer bestimmten Textsorte, sondern v.a. in der politischen Kommunikation verschiedenen Textsorten immanent. In Parteiprogrammen der polnischen Rechtsextremen lassen sich u.a. europa- und demokratiefeindliche Tendenzen nachweisen, die mittels bestimmter Strategien der Persuasion

beim Rezipienten Konvergenz bzw. zumindest Dissensminimierung erzeugen sollen.

4. Die den politischen Diskurs konstituierenden Zeichen und ihre spezifischen Merkmale sind auch für die ihm zugeordneten politischen Texte bzw. Textsorten, wie Parteiprogramme, charakteristisch. Die spezifische Zeichenverwendung, die den politischen Diskurstyp konstituiert, kann mittels der Attribute *präskriptiv*, *appellativ* (Zeichen – Zeichenadressat), *valuativ*, *interessegeleitet* (Zeichen – Zeichenproduzent), *elaborativ*, *spekulativ* (Zeichen – Code) und *ideologisch* (Zeichen – Welt/Realität) beschrieben werden. Allerdings kann diese Bestimmung mitnichten als abgeschlossen betrachtet werden. Reale politische Diskurse dürfen auch nicht auf diese den Typ kennzeichnende Reihenfolge reduziert werden. Dennoch ist diese Merkmalsmatrix auch für die in ihnen realisierten Texte charakteristisch.
5. Die Ideologeme alter Formen des Rechtsextremismus sind nicht mehr geeignet, um mit deren Hilfe die zeitgenössische, postmoderne bzw. Neue Rechte zu beschreiben. So darf man nicht dem Irrtum verfallen, dass alle gegenwärtigen Phänomene des rechten Lagers als Renaissance der klassischen Rechten zu erklären sind. Polnischen Rechtsaußen-Parteien (LPR, PiS, Samoobrona) beziehen sich mitnichten (u.a. in ihren Parteiprogrammen) auf Ideologeme der Alten Rechten. Stattdessen substituieren sie klassische Formen rechter Ideologie durch postmoderne Rassismen in der Weise, dass z.B. Identitäten nicht mehr biologistisch, sondern kulturalistisch begründet und dass Wertigkeiten gegenüber anderen Gruppen nicht mehr sozialdarwinistisch, sondern aus der Andersheit der Identitäten heraus abgeleitet werden.
6. Die spezifische Sprachverwendung der Neuen Rechten in Polen entspricht im Wesentlichen der totalitären Sprache des Kommunismus, wie sie in Form der *nowo-mowa* in Erscheinung trat. Die *nowo-mowa* dient neurechten polnischen Akteuren mithin als Referenzrahmen, innerhalb dessen sie radikale politische Positionen zum Ausdruck bringen.
7. Parteiprogramme beinhalten explizit bzw. implizit zeitlich nicht begrenzte politisch-ethische Grundhaltungen und –werte sowie Ziele und Handlungsabsichten in den für die Rechtsextreme für wichtig gehaltenen politischen Bereichen. Eine Analyse dieses persuasiven Kommunikats soll wesentlich zur Aufklärung und Erhellung über die Intention des Verfassersubjekts beitragen. Daher gewähren sie Einblicke in mentalen Dispositionen und in den politischen Gestaltungsanspruch rechter und rechtsextremer Parteien in Polen.
8. Ausgangspunkt der Beschäftigung mit persuasiven Strategien ist ein *holistischer Ansatz*, demzufolge das komplexe Muster PERSUASION durch ein Zusammenspiel unterschiedlicher Strategietypen [TYPES] und ihren Realisierungen [TOKENS] reguliert wird. So ist die Fokussierung auf einzelne Strategietypen zu eindimensional, denn konzentriert man sich auf einen bestimmten persuasiven Strategietyp und dessen Realisierungen, würden andere

Strategietypen aus dem Typenkatalog automatisch aus dem Blick geraten. Strategisch angelegte persuasive Handlungsmuster stellen daher lediglich Teilaspekte der strategischen Universalie Persuasion dar.

9. Auf der textfunktionalen Ebene ist in Parteiprogrammen der Strategiefunktionsstyp PLAUSIBILISIEREN dominant, mit dem Sp1 bezweckt, inhaltlich Akzeptanz zu fördern, sicherzustellen oder zu erzeugen bzw. Dissensminimierung in Hinblick auf divergierende Meinungen oder Überzeugungen sowie auf konfligierende Interessen oder Bedürfnisse zu erreichen. Auf der diskursanalytischen Ebene hingegen trägt PROFILIEREN der zentralen Funktion politischen sprachlichen Handelns Rechnung, dass Politiker stets zu imagefördernden Werbemaßnahmen für eigene Handlungsvorschläge oder –ziele angehalten sind, um politische Erfolge zu erringen oder zu wiederholen. Beim PROFILIEREN als Strategietyp geht es also v.a. um die kommunikative Beziehung zwischen Proponent und Opponent bzw. um die strategische Inszenierung ihrer jeweiligen Images, deren Gültigkeit verteidigt und im Erfolgsfall vom Gegenüber akzeptiert wird.
10. Die Beschreibung des regelbasierten komplexen Handlungsmusters PERSUASION als Strategie zur Herstellung von Konvergenz durch Akzeptanz ermöglicht es, die Zielsetzungen der Rechten und Rechtsextremen in Polen, die sie im sozialen Verbund aushandelt, zu bestimmen. Hierzu zählt auch die Frage, wie und wodurch der Textproduzent die Intention verfolgt, beim Textrezipienten eine Einstellungsänderung bzw. Dissensminimierung dahingehend zu bewirken, dass letzterer eine Akzeptanzerklärung hinsichtlich des Handlungsziels des Textproduzenten abgibt.

0.5 Zu Zielsetzungen und Methoden

Im theoretischen Teil der Arbeit ist zunächst die Erarbeitung einer brauchbaren Arbeitsdefinition zur textlinguistischen Beschreibung des Handlungsmusters PERSUASION erforderlich. Hierfür liefern sowohl die Sprechakttheorie als auch die Gesprächsanalyse, *conversational analysis*, die Grundlage. Das Potsdamer Modell (vgl. Kosta 1995; 1996; 1998; Mann 2000), dessen sprechakttheoretischer Beschreibung des Konzepts *Persuasion* als ISPA dialoggrammatisch erfolgt, adaptieren wir zum Zweck, auch schriftliche Texte hinsichtlich ihres sequenziell realisierten Strategiemusters zu untersuchen. Ein Text kann dann als *persuasiv* gelten, wenn wir nachweisen, dass er als Realisat eines bestimmten Handlungsmusters zu verstehen ist. Für das Ziel, beim Textrezipienten eine Wertungskonvergenz herbeizuführen, ist das Textstrategiemuster Persuasion durch seine antizipative Ausrichtung genuin dialogischer Natur.

Dass Handeln immer zielorientiertes und intentionales Verhalten ist, ist keine neue Erkenntnis (vgl. Habermas 1981; Searle 1983). Mit sprachlichem Handeln

verfolgt der Sprecher/Textproduzent bestimmte Handlungsziele, die mit sprachlichen Mitteln erreicht werden können. Handlungsziele bezeichnen antizipative, zukünftige Zustände oder Ereignisse, die ein Textproduzent gegenüber anderen Zuständen oder Ereignissen präferiert und die sich nicht ohne das Handeln desselben einstellen würden. Handlungsziele, die mit sprachlichen Mitteln erreicht werden können, bezeichnen wir in Anlehnung an Mann (2000, 34) als Handlungsintentionen. Diese sind demzufolge Teilmengen von Handlungszielen, die adressatenbezogen sind und die kognitiven Prozesse beim Rezipienten beeinflussen sollen. Mit dieser Einwirkung kann ein Rezipient u.U. veranlasst werden, bestimmte Handlungsziele des Autors zu realisieren bzw. zu internalisieren. Eine Analyse der Handlungsziele und –intentionen der Interaktanten soll am Beispiel aktueller Parteiprogramme rechter und rechtsextremer Parteien entwickelt werden. Hierfür stehen uns pragmalinguistische und sozialwissenschaftliche Theorien und Methoden zur Verfügung, nämlich das Analysemodell der sprechhandlungstheoretischen Dialoganalyse, des face-Konzepts, der Konversationsimplikaturen bzw. –maximen und die qualitative Inhaltsanalyse.

0.6 Das Korpus

Die vorliegende Untersuchung zu den Persuasionsstrategien in aktuellen Parteiprogrammen erfolgt auf einer empirischen Basis. Der Arbeit liegt ein Textkorpus zugrunde, das aus 31 Parteiprogrammen vier unterschiedlicher rechter und rechtsextremer Parteien in Polen aus den Jahren 2003-2007 besteht. Alle Parteiprogramme sind der Öffentlichkeit auf den Websites der einzelnen polnischen Parteien zugänglich. Das von uns erstellte Korpus setzt sich aus dem authentischen Material folgender Programme zusammen:

Parteiame	Programmtitel	Datum	Download
Liga Polskich Rodzin (LPR)	1. Program Ligi Polskich Rodzin	03.05.2003	www.lpr/?sr=lista&dz=teksty_programowe&id= , Download vom 23.06.2007
Samoobrona	2. Program Społeczno-Gospodarczy	März 2003	www.samoobrona.org.pl/pages/01.Program/ , Download vom 23.06.2007
	3. Nasza Wizja Polski	08.10.2003	
	4. Główne Założenia Projektu Konstytucji RP proponowanego przez Samoobronę RP	12.09.2004	
	5. Koncepcja "Trzeciej Drogi" w dokumentach programowych Samoobrony RP	15.12.2005	
	6. Trzecia Droga Samoobrony	22.12.2005	
	7. Trzecia Droga Samoobrony	24.01.2006	

Parteiname	Programmtitel	Datum	Download
	8. Program dla Warszawy	24.02.2006	
Prawo i Sprawiedliwość (PiS)	9. Konwencja Konstytucyjna PiS	20.10.2003	www.pis.org.pl/dokumenty.php, Download vom 23.06.2007
	10. Projekt Konstytucji IV RP	19.03.2005	
	11. Polska katolicka w chrześcijańskiej Europie	16.04.2005	
	12. Program PiS 2005	03.09.2005	
	13. Program PiS 2005 – skróty	03.09.2005	
	Programy samorządowe (16):	09.11.2006	
	14. Województwo Dolnośląskie		
	15. Województwo Kujawsko-Pomorskie		
	16. Województwo Łódzkie		
	17. Województwo Lubelskie		
	18. Województwo Lubuskie		
	19. Województwo Małopolskie		
	20. Województwo Mazowieckie		
	21. Województwo Opolskie		
	22. Województwo Podkarpackie		
	23. Województwo Podlaskie		
	24. Województwo Pomorskie		
	25. Województwo Śląskie		
	26. Województwo Świętokrzyskie		
	27. Województwo Warmińsko-Mazurskie		
	28. Województwo Wielkopolskie		
	29. Województwo Zachodnio-Pomorskie		
Platforma Obywatelska (PO)	30. Państwo dla Obywateli – plan rządzenia 2005-2009	Dezember 2005	www.platforma.org/index.php/oplatformie/program Download vom 23.06.2007
	31. Program polityczny Platformy Obywatelskiej RP: Polska Obywatelska 2007	September 2007	

Die in der Tabelle zusammengefasste Übersicht des zugrunde liegenden Textkorpus beinhaltet den Parteinamen, den Titel des Parteiprogramms, das Datum der Veröffentlichung der einzelnen Programme sowie die Adressen der Websites, auf denen dieselben zu finden sind. Sie dient in erster Linie dazu, das Korpus verifizieren zu können. Alle Downloads erfolgten am 23.06.2007.

0.7 Gliederung

Im *ersten* Kapitel der Arbeit entwickeln wir auf der Grundlage des Dialogischen Prinzips einen Sprachbegriff, demzufolge schriftkonstituierte Texte zwar formal monologisch, inhaltlich jedoch dialogisch sind. Darauf aufbauend adaptieren wir pragmalinguistische und konversationsanalytische Theorien, wie die von Austin und Searle entwickelte Sprechhandlungstheorie, das Gricesche Kooperationsprinzip sowie die Theorie der Konversationsimplikaturen und das *face*-Konzept von Brown/Levinson und Leech, mit dem Ziel, ein erweitertes dialogisches Textmodell zu erarbeiten, mit Hilfe dessen eine musterorientierte Beschreibung des Sprechhandlungsmusters PERSUASION erfolgen kann. Im Zuge dessen reflektieren wir aktuelle Tendenzen der Textlinguistik und wollen das gängige textlinguistische und eher monologische Modell der Handlungsstrukturanalyse von Illokutionshierarchien von Brand/Rosengren (1991; 1992) und Motsch (1996a; 1996b) zugunsten eines dialogischen Textmodells revidieren.

Das *zweite* Kapitel beschäftigt sich mit dem Sprechhandlungsmuster PERSUASION im engeren Sinne und nutzt zu dessen Bestimmung die im ersten Kapitel gewonnen Erkenntnisse zur Analyse persuasiver schriftlicher Kommunikate. Neben der Begriffsbestimmung der Persuasion steht hierbei auch die Frage nach der Modellierung persuasiver Sprechhandlungen im Zentrum des Interesses. Wir wollen untersuchen, welche einzelnen Sprechhandlungen in Parteiprogrammen rechter und rechtsextremer polnischer Parteien das Sprechhandlungsmuster PERSUASION konstituieren.

Im *dritten* Kapitel erfolgt die Auseinandersetzung mit den Charakteristika sprachlicher Kommunikation in der Politik, kurz mit dem Begriff der Politolinguistik. Neben dem Versuch einer Begriffsbestimmung wollen wir überdies diskutieren, anhand welcher Merkmale, Indikatoren bzw. politischen Normen- oder Wertvorstellungen sich rechte, rechtsextreme bzw. rechtsradikale Parteien klassifizieren lassen. Zunächst ist es unerlässlich, die Textsorte Parteiprogramm zu bestimmen und deren Stellenwert und Rolle innerhalb einer demokratischen Gesellschaft zu ermitteln. In diesem Zusammenhang geht es vor allem um die Funktion von Parteiprogrammen. Die zentrale Frage ist hierbei, ob und inwiefern sich jene Spezifika in den vorliegenden Parteiprogrammen ausmachen lassen.

Im *vierten* Kapitel widmen wir uns schließlich den Strategien der Persuasion in Parteiprogrammen rechter und rechtsextremer Parteien in Polen. Zunächst muss klar sein, was eine Strategie ist und was sie letztlich ausmacht. Wir nutzen in diesem Zusammenhang das im ersten Kapitel erarbeitete erweiterte dialogische Textmodell und untersuchen Mechanismen der Persuasion auf allen textuellen Ebenen, d.h. auf der lokalen, strukturellen Ebene der Textformulierung, auf der vor allem sprachliche Mittel, die im Dienste der Persuasion stehen, wie z.B. Metaphern, nationale Wir-Konstruktionen, nationale Stereotype, kogni-

tive Muster etc. zu analysieren sind genauso wie auf der dialogischen, funktionalen Ebene der Textkonstitution, auf der sich PERSUASION als antizipierten Aushandlungsprozess zwischen Sp1 und Sp2 beschreiben lässt. Wir versuchen obendrein, alle Ebenen stimmig miteinander zu integrieren.

Ein Resümee am Schluss der Arbeit soll wesentliche Erkenntnisse und Aussagen über Strategien der Persuasion in aktuellen Parteiprogrammen zusammenfassen und einen Ausblick auf ungeklärte sowie problematische Aspekte geben. Des Weiteren wollen wir die unter 0.4 aufgestellten Thesen abschließend reflektieren, bewerten und diskutieren.